Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Montag, 21. Oktober 2013
Ausgabe 200
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **4**
› Grünanlagen An der Weißenseestraße und Am Katzenbuckel: 2. Bauabschnitt genehmigt 4
› Olympiapark: Parkpflegearbeiten im Bereich des Olympiaberges 5
› Am Mittwoch: Stadtrats-Vollversammlung live im Internet 6
› Bürgerforum Altenpflege im Rathaus 6
› Sozialbürgerhaus Mitte am Donnerstag geschlossen 7
› Radl-Sicherheitschek vor der TU München 7
› Kursangebot für übergewichtige Kinder im Münchner Norden 7
› Pädagogisches Institut: Jugendlicher Blick auf die Stadt 9
› Vortrag „Hausmodernisierung und Wärmedämmung“ im Bauzentrum 9
Antworten auf Stadtratsanfragen **11**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Dienstag, 22. Oktober, 11 Uhr, Grützner stube im Rathaus
Pressegespräch „Realschulen, Gymnasien und Schulen besonderer Art im Schuljahr 2013/2014“ mit Bürgermeisterin Christine Strobl und Stadtschulrat Rainer Schweppe. Themen sind u.a. Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen, das städtische Schulbauprogramm an weiterführenden Schulen, Ausbau des Ganztagsangebots sowie zeitgemäße Unterrichtsentwicklung an städtischen Realschulen, Gymnasien und Schulen besonderer Art.

Wiederholung
Dienstag, 22. Oktober, 11.30 Uhr, Einsteinstraße 28
Das gemeinsame Projekt „Einstein 28“ von SWM und Münchner Volkshochschule (MVHS) nimmt konkrete Formen an. Bevor die SWM mit den Bauarbeiten für das neue Unterrichtszentrum der MVHS beginnen, können Interessierte und Nachbarn den geplanten Neubau sowie die vielfältigen Bildungsangebote der MVHS beim Tag der offenen Tür „Einstein 28 kommt“ kennen lernen. Als Aufsichtsratsvorsitzender der beiden Stadttöchter stellt Oberbürgermeister Christian Ude gemeinsam mit Professor Dr. Klaus Meisel, Managementdirektor der MVHS, und Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der SWM-Geschäftsführung, den Neubau, das Projekt und den Aktionstag sowie verbunden mit dem Verein der Förderer und Freunde der Münchner Volkshochschule e.V. die Spendenaktion „Ein Stein für’s Einstein“ vor.

Wiederholung
Dienstag, 22. Oktober, 13.30 Uhr,
Städtisches Willy-Brandt-Gesamtschule, Freudstraße 15
Bei der Stadtteilkonferenz Hasenbergl/Münchner Norden zum Thema „Übergang Grundschule – Weiterführende Schule“ sprechen Stadtschulrat Rainer Schweppe und Schulamtsdirektorin Beate Eckert-Kalthoff, erste Stellvertreterin der Fachlichen Leitung des Staatlichen Schulamtes in der Landeshauptstadt München, Grußworte. Die Konferenz ist eine gemeinsame Veranstaltung des Referates für Bildung und Sport und des Staatlichen Schulamtes. Ziel der Konferenz ist, die bisherige konstruktive Zusammenarbeit und die individuelle Förderung der Kinder in der Übergangsphase Grundschule – weiterführende Schule auf lokaler Ebene auszubauen.

Wiederholung
Dienstag, 22. Oktober, 18 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Oberbürgermeister Christian Ude empfängt neue deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Das musikalische Rahmenprogramm gestaltet das Swing-boarische Quintett.
Bereits ab 17.30 Uhr informiert im Foyer des Alten Rathauses der „Markt der Möglichkeiten – München, Stadt mit Herz für Kinder und Jugendliche" über Angebote in der Stadt.

Wiederholung
Dienstag, 22. Oktober, 19 Uhr, Kunstbau des Lenbachhauses, U-Bahnhof Königsplatz Zwischengeschoss
Eröffnung der Ausstellung „Gerhard Richter: Atlas. Mikromega" mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und Professor Dr. Helmut Friedel, Direktor der Städtischen Galerie im Lenbachhaus. Seit 1962 bis zu diesem Jahr versammelte Gerhard Richter in seinem „Atlas" Tausende von Fotografien, Zeitungsausschnitte, Skizzen und Collagen, die er auf einzelnen Tafeln nach formalen und inhaltlichen Gesichtspunkten anordnet. Seit 1996 werden die Werke zum „Atlas" vom Lenbachhaus erworben.
Die Ausstellung ist die letzte Ausstellung unter der Leitung von Professor Dr. Helmut Friedel, dessen Nachfolge ab Januar 2014 Dr. Matthias Mühling antritt.
Achtung Redaktionen: Pressevorbesichtigung am Dienstag, 22. Oktober, um 11 Uhr im Kunstbau des Lenbachhauses.

Wiederholung
Dienstag, 22. Oktober, 19 Uhr,
i-camp/Neues Theater München, Entenbachstraße 37
Verleihung der Projektstipendien Junge Kunst/Neue Medien sowie der Stipendien und der Leonhard und Ida Wolf-Gedächtnispreise für Bildende Kunst und Musik. Im Rahmen einer geschlossenen Veranstaltung überreichen Stadtrat Marian Offman (CSU) in Vertretung des Oberbürgermeisters und Stadtdirektor Anton Biebl in Vertretung des Kulturreferenten die Urkunden.

Donnerstag, 24. Oktober, 10.30 Uhr, Grützznerstube im Rathaus
Ulfried Müller, Leiter Grundlagen der Wirtschaftspolitik im Referat für Arbeit und Wirtschaft, die Beraterinnen der Arqum GmbH sowie Vertreterinnen und Vertreter der teilnehmenden Betriebe präsentieren die Ergebnisse des „Betrieblichen Mobilitätsmanagements München 2013". Im Rahmen dieses städtischen Förderprogramms haben folgende neun Unternehmen

effiziente Maßnahmen für eine umwelt-, klima- und mitarbeiterfreundliche Mobilität entwickelt und umgesetzt: Bavaria Filmstudios, Bayerisches Rotes Kreuz – Landesgeschäftsstelle, Bertrandt Ingenieurbüro, Bosch und Siemens Hausgeräte (BSH), Hawe Hydraulik, Holiday Inn Munich – City Centre, PricewaterhouseCoopers, RTL 2 Fernsehen und die Schörghuber Gruppe. Im Anschluss an die Präsentation werden den Betrieben die Urkunden für ihre erfolgreiche Teilnahme überreicht.

Donnerstag, 24. Oktober, 10.30 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Verstärkung für die Stadtverwaltung: Über 100 Beamtinnen und Beamte werden in diesem Jahr nach ihrer Ausbildung oder dem dualen Studium in den Dienst der Landeshauptstadt übernommen. Bürgermeisterin Christine Strobl, Dr. Angelika Beyerle, Stadtdirektorin im Personal- und Organisationsreferat, und Constantin Dietl-Dinev, stellvertretender Vorsitzender des Gesamtpersonalrates, gratulieren den Absolventinnen und Absolventen. Der feierlichen Auszeichnung der besten Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmer durch die Bürgermeisterin folgt ein gemeinsames Essen im Ratskeller.

Donnerstag, 24. Oktober, 15 Uhr,
Theater am Oberanger, Oberanger 38
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Vereins „Brücke München“ e.V., eine Institution der Jugendhilfe, die Maßnahmen nach dem Jugendgerichtsgesetz in Verbindung mit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz durchführt. Sie bietet Jugendlichen und Heranwachsenden im Sinne der so genannten „Neuen Ambulanten Maßnahmen“ Alternativen zu den herkömmlichen Sanktionen wie Bußgeld, Arrest, Jugendstrafvollzug.

Meldungen

Grünanlagen An der Weißenseestraße und Am Katzenbuckel:
2. Bauabschnitt genehmigt
(21.10.2013) Die städtischen Grünanlagen An der Weißenseestraße und Am Katzenbuckel im Stadtbezirk Obergiesing – Fasangarten werden weiter aufgewertet und ausgebaut. Der Bauausschuss des Münchner Stadtrates genehmigte in seiner Sitzung am 15. Oktober das Planungskonzept für den 2. Bauabschnitt. Das Planungsgebiet umfasst sowohl den West-

rand der bestehenden öffentlichen Grünanlagen als auch eine Parkerweiterung bis zur Untersbergstraße. Von dieser Parkerweiterung ist die Kleingartenanlage an der Untersbergstraße nicht betroffen.
Die Erweiterung der zentralen Giesinger Grünanlagen in dem dicht besiedelten Stadtteil ist dringend erforderlich, um den Bedarf an Grünflächen zu decken. Im Übergangsbereich zu den öffentlichen Grünflächen im „Agfa-Gelände" wird ein neuer Parkeingang geschaffen. Am westlichen Rand des Weißenseeparks sind verschiedene Aufenthaltsplätze und ein neuer Tischtennisplatz vorgesehen. Am Katzenbuckel entsteht unterhalb des Wiesenhanges ein familiengerechter Sportbereich als „Mehrgenerationenparcours" mit Fitnessgeräten für alle Altersgruppen.
Am Franz-Eigl-Weg ist ein neuer Spielplatz geplant. Eine stilisierte Burgruine soll vielfältiges, gemeinschaftliches Spiel ermöglichen. Für Kleinkinder ist ein eigener, geschützter Spielbereich vorgesehen. In direkter Nachbarschaft soll ein ruhiger Sitzplatz einen Treffpunkt und Aufenthaltsort mit Sichtbeziehungen zum Spielplatz bieten. Nach Süden wird für Radler aller Altersgruppen eine Dirtline zur Untersbergstraße hinabführen.
Das Baureferat hat auf Grundlage des Planungskonzeptes die Kostenschätzung erstellt. Danach ergibt sich für das Projekt eine Kostenobergrenze von zirka 1.3 Millionen Euro. Die Aufwertung und Umgestaltung der mehr als dreißig Jahre alten Giesinger Grünanlagen ist ein wichtiges Sanierungsziel im Rahmen des Städtebauförderprogrammes „Soziale Stadt". Der 1. Bauabschnitt konnte bereits 2010 fertig gestellt werden. Der 2. Bauabschnitt wird 2015 realisiert.

Olympiapark: Parkpflegearbeiten im Bereich des Olympiaberges
(21.10.2013) Das Baureferat führt ab heute Parkpflegearbeiten im Bereich des Olympiaberges durch. Ziel ist es, den Unterwuchs bei einzelnen Bäumen, lichten Hainen und auf Wiesen zu entfernen, um neue Freiräume für Sport, Spiel und zum Ausruhen zu schaffen. Die betroffenen Bereiche des Berges werden mit einer Spezialmaschine oberflächennah gelockert. Die entstandene Mulchschicht wird planiert und danach Rasen angesät. Die Maßnahmen werden voraussichtlich innerhalb weniger Tage abgeschlossen sein. Die Pflegearbeiten wurden mit dem Bund Naturschutz in Bayern e.V., dem Landesbund für Vogelschutz e.V., der Unteren Naturschutzbehörde sowie dem zuständigen Bezirksausschuss abgestimmt.
Basis ist ein Parkpflegewerk, das im Februar 2013 fertiggestellt wurde. Das Baureferat hat das Parkpflegewerk im September 2010 gemeinsam mit den Stadtwerken München (SWM) beauftragt. Grundlage dafür war der Stadtratsbeschluss zur Rahmenplanung Olympiapark. Für den Park wurden Ziele und Leitbilder formuliert, um die Anlage dauerhaft zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Am Mittwoch: Stadtrats-Vollversammlung live im Internet

(21.10.2013) Unter der Adresse *www.muenchen.de/stadtrat-live* können Interessierte am kommenden Mittwoch, 23. Oktober, wieder die Vollversammlung des Münchner Stadtrats live im Internet mitverfolgen. Die Sitzung beginnt um 9 Uhr mit einem kurzen nichtöffentlichen Teil, an den sich die öffentliche Sitzung unmittelbar anschließt.
Top-Thema ist diesmal die Einbringung des städtischen Haushalts für 2014. Neben Oberbürgermeister Christian Ude sprechen dazu unter anderem Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz sowie Personalreferent Dr. Thomas Böhle. Als ein weiterer Punkt steht die Vereidigung von zwei neuen Stadtratsmitgliedern auf der Tagesordnung.
Da viele Punkte bereits vorab in Stadtrats-Ausschüssen vorberaten worden sind, werden in der Regel nicht alle Punkte in der Vollversammlung nochmals ausführlich behandelt. Ein Link zum städtischen Rats-Informations-Systems (*www.ris-muenchen.de*) bietet weiterführende Informationen zur Tagesordnung und den in der Sitzung behandelten Vorlagen.
Der Mitschnitt der letzten Vollversammlung vom 2. Oktober kann ebenfalls noch unter *www.muenchen.de/stadtrat-live* abgerufen werden.

Bürgerforum Altenpflege im Rathaus

(21.10.2013) Die Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege lädt am Donnerstag, 24. Oktober, von 18 bis 20 Uhr zum Bürgerforum Altenpflege in den Großen Sitzungssaal des Rathauses ein.
In der Landeshauptstadt München gibt es vielfältige Hilfen, Beratungs- und Unterstützungsangebote für ältere, pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen. Dass sich bestimmte Angebote auch an Menschen in Pflegeheimen richten, ist weniger bekannt. Dabei kann die Inanspruchnahme externer Hilfen für Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner eine sinnvolle Ergänzung darstellen und die individuelle Lebenssituation verbessern. Zur Frage, welche spezialisierten Angebote und Dienste sich an Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeheimen richten, informieren auf dem Podium Dr. Christian Eschrich (Zahnarzt), Dr. Alice Hensler (Referat für Gesundheit und Umwelt – Alkohol- und Medikamentenberatung), Hans Steil (Christophorus Hospiz Verein e.V.), Sandra E. Bauer (Sozialreferat/Projekt Jung für Alt der Ago Stiftung) und die Pfarrerin Edith Oexler (Beauftragte für Altenheimseelsorge im Evangelisch-Lutherischen Dekanatsbezirk München).
Das Publikum ist eingeladen, Fragen zum Thema des Abends einzubringen: vorab telefonisch unter 2 33-9 69 66, per E-Mail unter staedtische_beschwerdestelle.altenpflege@muenchen.de oder durch Redebeiträge im Rahmen der Veranstaltung. Die Veranstaltung ist kostenfrei, der Zugang barrierefrei. Eine Voranmeldung ist nicht erforderlich.

Sozialbürgerhaus Mitte am Donnerstag geschlossen
(21.10.2013) Das Sozialbürgerhaus Mitte in der Schwanthalerstraße 62 ist am Donnerstag, 24. Oktober, wegen einer internen Veranstaltung geschlossen. Die Bürgerinnen und Bürger können sich an diesem Tag an das Sozialbürgerhaus Neuhausen – Moosach, Ehrenbreitsteiner Straße 24, Telefon 2 33-9 68 02, sbh-nm.soz@muenchen.de, wenden.

Radl-Sicherheitschek vor der TU München
(21.10.2013) Am Donnerstag, 24. Oktober, macht der Sicherheitscheck der Radlhauptstadt München Halt vor dem Hauptgebäude der Technischen Universität (TU) München in der Arcisstraße 21. In der Zeit von 10 bis 16 Uhr sind Studentinnen und Studenten, ebenso wie alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen, ihr Radl kostenlos auf Verkehrstauglichkeit überprüfen zu lassen. Die Radl-Checker wissen, worauf im Herbst zu achten ist: Sie sind vom TÜV-SÜD geschult. Damit Radler trotz Dunkelheit und rutschigem Untergrund sicher auf Münchens Straßen unterwegs sind, liegt das Augenmerk vor allem auf einer korrekten Beleuchtung sowie auf einwandfrei funktionierenden Bremsen. An Fahrrädern, die kleine Mängel aufweisen, führen erfahrene Radl-Checker direkt vor Ort Reparaturen durch. Zum Service gehören das Nachjustieren von Bremsen und Sattel, die Überprüfung von Licht, Reflektoren und Reifendruck. Wessen Radl größere Reparaturen benötigt, erfährt, wo er diese durchführen lassen kann. Sicherheitschecks folgen im Dezember. Zusätzliche Informationen sind im Internet unter *www.radlhauptstadt.de* abrufbar.

Kursangebot für übergewichtige Kinder im Münchner Norden
(21.10.2013) Kinder mit höherem Körpergewicht leiden häufig darunter, dass ihnen von der Umwelt negative Eigenschaften zugeschrieben werden. Sie erfahren Beleidigungen unter Gleichaltrigen, manchmal sogar Ausgrenzung in der Schule – mit oft gravierende Konsequenzen für das Wohlbefinden der Kinder: Ein Kreislauf aus sozialem Stress und Rückzug kann die Folge sein. „Starke Kids“ möchte dem frühzeitig entgegenwirken. Das Angebot ist ein Kooperationsprojekt der Gesundheitsberatungsstelle Hasenbergl, Wintersteinstraße 12, und der Erziehungsberatungsstelle der Diakonie Hasenbergl. Es richtet sich an Mädchen und Buben im Alter von acht bis zwölf Jahren, die im Stadtteil Hasenbergl leben. Ab sofort treffen sich die Kinder donnerstags, bewegen sich, machen Spiele sind kreativ und lernen sich zu entspannen. Der Kurs ist auf ein Jahr angelegt, die Anmeldung ist noch möglich.

Kursinhalt von „Starke Kids“

Themen wie Bewegung, Entspannung, Kochen, Ernährung und soziales Lernen zählen zu den Inhalten des Kurses. „Für jedes Kind ist es wichtig zu erleben, dass es in einer Gruppe von Gleichaltrigen anerkannt ist und Spaß haben kann – egal wie sportlich es ist oder wie die Figur gerade aussieht“, sagt Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, zu dessen Dienststelle die Gesundheitsberatungsstelle Hasenbergl zählt. „In der Gruppe „Starke Kids“ wird jedes Kind respektiert und geschätzt wie es ist.“ Zum Kurs gehören auch Elterninformationen in Form von begleitenden Gesprächen und Elternabende sowie der Gesundheitscheck der Mädchen und Buben durch eine Kinderärztin. „Starke Kids“ soll Freude am Spiel und an der Bewegung, die Erfahrung des genussvollen und gesunden Essens genauso wie die Stärkung des Selbstwertgefühls vermitteln. Kinder und Eltern sollen an eine gesunde Lebensweise herangeführt werden.

Organisatorisches zum Kursangebot

Interessierte Eltern können sich telefonisch unter 3 14 67 70 informieren. Die Anmeldung ist noch bis Ende November möglich. Nach einem persönlichen Aufnahmegespräch trifft sich die Gruppe zunächst bis März 2014 jeden Donnerstag von 15 bis 16.30 Uhr, danach sind weitere Treffen im zweiwöchigen Turnus vorgesehen. Die Teilnahme am Kurs ist kostenfrei. Er findet in der Regel im Gruppenraum der Gesundheitsberatungsstelle im Hasenbergl, Wintersteinstaße 12, aber auch in der Küche der Diakonie, Riemerschmidstraße 16, sowie auf Grünflächen im Hasenbergl statt. Geleitet wird die Kindergruppe von einer Sozialpädagogin und einer Kunsttherapeutin. Eine Kinderärztin kümmert sich um die Ernährungsberatung der Eltern und einen Gesundheitscheck der Kinder. Bei Bedarf bietet die Erziehungsberatungsstelle Diakonie Hasenbergl den Eltern eine begleitende Beratung an.

Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland

Daten der KiGGS-Studie (Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland) zufolge, sind laut Ergebnissen aus dem Jahr 2010 etwa 14,8 Prozent der Kinder und Jugendlichen im Alter von zwei bis 17 Jahren übergewichtig, davon leiden 6,1 Prozent an Adipositas. Die KIGGS-Studie ist Teil des Gesundheitsmonitorings des Robert Koch-Instituts und als Langzeitstudie zur gesundheitlichen Lage von Kindern und Jugendliche in Deutschland angelegt. Lokale Zahlen für München gibt es in der Studie nicht – einen Anhaltspunkt liefert aber die Eingangsuntersuchung zur Einschulung im Referat für Gesundheit und Umwelt. So lässt sich sagen, dass etwa 4,5 Prozent der untersuchten rund 11.000 Vorschulkinder im Schuljahr 2010/2011 übergewichtig sind.

Pädagogisches Institut: Jugendlicher Blick auf die Stadt

(21.10.2013) Ab Donnerstag, 24. Oktober, zeigt das Referat für Bildung und Sport im Pädagogischen Institut die Ausstellung „Ergebnisse der Münchner Schulwettbewerbe zur Stadtentwicklung 2011/2012 und 2012/2013".
Der Münchner Schulwettbewerb zur Stadtentwicklung wird seit 15 Jahren jährlich vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung und dem Referat für Bildung und Sport ausgelobt. Dabei zeigen Münchner Schülerinnen und Schüler mit kreativen und originellen Arbeiten wie sie sich ihr Lebens-umfeld wünschen. Die Beiträge der Jugendlichen werden jährlich prämiert und öffentlich ausgestellt.
Rund 1.200 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene von Grund-, Mittel- und Realschulen, Gymnasien, beruflichen Schulen und aus der Offenen Jugendarbeit haben sich in den beiden Schuljahren 2011/2012 und 2012/2013 beteiligt. Die 31 eingereichten Beiträge befassen sich thematisch mit Architektur, Mobilität, Umwelt, Wohnen, Integration und Bürgerbeteiligung und zeigen auf vielfältige Art und Weise, wie sie ihre Stadt und ihre Schulviertel in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sehen.
Die Stadt München trägt mit dem Wettbewerb dazu bei, bei Jugendlichen ein besseres Verständnis für die vielfältigen Bedingungen und Zusammenhänge von Architektur und Stadtentwicklungsplanung herzustellen und Interessse für diese Themen zu wecken.
Die Ausstellung ist bis 19. Dezember montags bis freitags von 10 bis 18 Uhr im Pädagogischen Institut, Herrnstraße 19, zu besichtigen. Der Eintritt ist frei.
Auf Anfrage unter edeltraud.mierau-baehr@muenchen.de, Telefon 2 33-2 06 64, bietet die Projektleiterin Edeltraud Mierau-Bähr Führungen an. Informationen zu den einzelnen Wettbewerbsbeiträgen sind auch im Internet unter *www.muenchen.de/plantreff* abrufbar.

Vortrag „Hausmodernisierung und Wärmedämmung" im Bauzentrum

(21.10.2013) Worauf es beim Dämmen von Wand und Dach ankommt, um ein qualitativ hochwertiges Ergebnis zu erzielen, erklärt Harmut Will von der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie e.V. (DGS) am Donnerstag, 24. Oktober, um 18 Uhr im Bauzentrum München, Willy-Brandt-Allee 10.
Will möchte mit weit verbreiteten Vorteilen aufräumen, sind Dämmmaßnahmen doch bei Hauseigentümerinnen und -eigentümern umstritten: Vielfach werden Nachteile für die Bausubstanz oder das Wohnklima befürchtet und die Rentabilität wird in Zweifel gezogen. Die Realität ist Will zufolge anders: Wärmedämmung ist die Grundlage jeder energetischen Hausmodernisierung. Unterbleibt sie auf Dauer, verliert das Gebäude erheblich an Marktwert und Wohnnutzen. Dämmung muss aber nach den Regeln neue-

ster Dämmtechnik durchgeführt werden. Solide Handwerksarbeit in der Ausführung ist unbedingte Voraussetzung. Dazu ist Vorausplanung auch für die jeweiligen neuen oder ergänzten Wärmeerzeuger im Haus notwendig. Nur dann ist der Aufwand sinnvoll, wirtschaftlich vertretbar und langfristig werterhaltend. Das EU-weite Ziel ist das Null-Energie-Haus, dem praktisch keine Heizenergie mehr zugeführt werden muss. Hartmut Will baut Bedenken gegen Außenwanddämmsysteme ab, macht auf mögliche Nachteile bei unzureichender Handwerkspraxis aufmerksam und klärt über Qualitätsfaktoren auf. Im Rahmen des Vortrags kann auch auf individuelle Fragen der Besucherinnen und Besucher eingegangen werden. Der Eintritt ist frei.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Montag, 21. Oktober 2013

Abschleppgebaren am Klinikum Bogenhausen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Robert Brannekämper und Eva Caim (CSU) vom 23.8.2013

U-Bahn-Baugesellschaft Martinsried unter Beteiligung der Landeshauptstadt München: Warum einfach, wenn's auch kompliziert geht?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. med. Otto Bertermann, Ursula Sabathil (Freie Wähler), Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP) und Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei) vom 4.9.2013

Abschleppgebaren am Klinikum Bogenhausen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Robert Brannekämper und Eva Caim (CSU)
vom 23.8.2013

Antwort Joachim Lorenz Referent für Gesundheit und Umwelt:

Ihren Antrag vom 23.08.2013 „Abschleppgebaren am Klinikum Bogenhausen" hat das Referat für Gesundheit und Umwelt als Betreuungsreferat für die Städt. Klinikum München GmbH zur federführenden Bearbeitung erhalten.

Die Angelegenheit fällt nicht in die Zuständigkeit des Stadtrats gem. § 60 Abs. 9 GeschO. Die Geschäftsführung der Städt. Klinikum München GmbH führt gemäß Gesellschaftsvertrag die Geschäfte (vgl. § 16 Abs. 3 Gesellschaftsvertrag) und ist für die Leitung und Organisation des Geschäftsbetriebs verantwortlich. Die Organisation der Parkraumüberwachung auf dem Klinikgelände fällt in das operative Geschäft der Geschäftsführung. Ihr Antrag wurde daher im Benehmen mit der Städt. Klinikum München GmbH überprüft.

Der Tenor Ihres Antrags vom 23.08.2013 lautet folgendermaßen:

„Der Stadtrat möge beschließen: Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Städtisches Klinikum München GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung, anzuweisen, dass der bestehende Vertrag über Parkraumüberwachung und Abschleppdienstleistungen mit der Firma Parkräume KG sofort gekündigt und für die Herstellung einer sinnvollen Alternative für die Wahrnehmung der entsprechenden Aufgaben gesorgt wird."

Die Geschäftsführung der StKM berichtet zur aktuellen Situation der Parkraumüberwachung auf dem Klinikgelände Bogenhausen folgendes:

„Das Klinikum Bogenhausen ist als Krankenhaus der maximalen Versorgungsstufe gesetzlich (BayBO, BrandschVO, KatSchG, StVO) verpflichtet, alle als Feuerwehranfahrt und absolutes Halteverbot ausgezeichneten Flächen, insbesondere auch die Notaufnahme und ihre Zufahrtsstraße, für einen eventuellen Großeinsatz von Feuerwehr- und Rettungsfahrzeugen im Falle einer internen oder externen Katastrophe und für den laufenden An- und Abtransport von Kranken und Verletzten Tag und Nacht frei zu halten.

Da hierdurch der Parkraum auf dem Privatgrund des Klinikums sehr eingeschränkt ist, sind 10 Parkbuchten als Kurzzeitparkzone mit 30 Minuten Parkdauer ausgewiesen, um zu verhindern, dass durch Dauerparker die wenigen verfügbaren Parkplätze permanent blockiert werden. Die Beschilderung der Stellplätze ist diesbezüglich eindeutig und weist ausdrücklich darauf hin, dass bei Zuwiderhandlung kostenpflichtig abgeschleppt wird. Um dem gesetzlichen Auftrag nachzukommen wurde die Fa. Parkräume KG vom Klinikum Bogenhausen mit der Entfernung von widerrechtlich abgestellten Fahrzeugen beauftragt. Die Tätigkeit der Fa. Parkräume ist für das Klinikum Bogenhausen kostenneutral. Damit erspart sich das Klinikum Bogenhausen die nicht unerheblichen Kosten für eigenes Personal und die in vielen Fällen zu erwartenden Inkassokosten."
Nach Darstellung der Geschäftsführung wird die Parkraumbewirtschaftung für die gesamte Städtisches Klinikum München GmbH derzeit neu geregelt. In diesem Zuge wird die Parkraumüberwachung im Rahmen einer Ausschreibung für die gesamte Städtisches Klinikum München GmbH neu vergeben werden. Die Ausschreibung ist lt. StKM für September 2013 geplant, eine Vergabe ist frühestens im Oktober 2013 möglich. Für die Geschäftsführung ist es denkbar, dass sich die Firma Parkräume KG bewirbt. Selbstverständlich müssen alle potenziellen Bewerber die Ausschreibungskriterien erfüllen. Der Anforderungskatalog des Leistungsverzeichnisses liegt dem RGU vor. Die Geschäftsführung wird sicherlich aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit diesem sensiblen Thema die notwendige Sorgfalt bei der Auswahl eines geeigneten Vertragspartners walten lassen.
Unbestritten ist der Vorgang des Abschleppens eines PKW immer problematisch und kann nur in letzter Konsequenz das Mittel der Wahl sein. Zuvor sollte der Fahrzeugführer zumindest Gelegenheit erhalten, das Fahrzeug selbst zu entfernen bzw. sollte eine angemessene Toleranzzeit bei Überschreiten der Parkzeit eingeräumt werden.
Nicht zuletzt würden eindeutige Hinweise auf die Höhe der Abschleppkosten sicherlich das Bewusstsein der PKW-Fahrer nochmals schärfen und diese zumindest informieren, welche Kosten im Falle eines Abschleppvorgangs entstehen können.

Die Geschäftsführung bzw. die Klinikleitung hat jedoch strikt dafür zu sorgen, dass die notwendigen freizuhaltenden Flächen der Feuerwehranfahrtszonen und Nothilfezufahrten nicht zugeparkt werden. Andererseits ist der Parkraum offenkundig zu knapp, um den persönlichen Ansprüchen der Besucher, Patienten und Mitarbeiter gerecht zu werden. In jedem Fall ist jedoch die Sicherheit der Patienten und Mitarbeiter sowie das Einhalten

der gesetzlichen Vorschriften vorrangig zu sehen und mit den geeigneten Maßnahmen durchzusetzen.

Zur geforderten sofortigen Kündigung des Vertrages mit der Firma Parkräume KG führt die Geschäftsführung der StKM folgendes aus:
„Das laufende Vertragsverhältnis mit der Fa. Parkräume bleibt bestehen, bis auf der Basis der geplanten Ausschreibung ein neuer Vertragspartner gefunden ist. Die Auswahl der Fa. Parkräume für den Standort Bogenhausen erfolgte bereits im Jahre 2004. Bisher gab es für die Klinikleitung keinen stichhaltigen Grund, die Zusammenarbeit zu beenden, zumal es aus Sicht des Klinikums Bogenhausen auch keine andere kostenneutrale Lösung für das Parkproblem gibt."
Bezüglich der in den Medien dargestellten Gerichtsurteile stellt die Geschäftsführung fest, dass viele Verfahren nicht das Klinikum Bogenhausen, sondern andere Auftraggeber beträfen.
Die Fa. Parkräume hat nach Darstellung der Geschäftsführung zu den aktuellen Gerichtsentscheidungen folgende Stellungnahme abgegeben:
„Problematisch ist, dass amtsgerichtliche Urteile in diesen Fällen nicht berufungsfähig sind. Wir sind deshalb dazu gezwungen, im Einzelfall das Verfassungsgericht anzurufen, wenn beispielsweise ein Gericht die Höhe der Kosten einfach schätzt, ohne den Vertragsinhalt und die dort festgelegten Preise zu berücksichtigen. Grundsätzlich bezieht sich ein amtsgerichtliches Urteil nur auf den Einzelfall. Tatsächlich sprechen 90 Prozent der Gerichte in Deutschland die Kosten dem Grunde und der Höhe nach zu. Ihnen ist möglicherweise das Urteil des Landgerichts München vom 14.8.2013 bekannt. Dieses Urteil ist nicht rechtskräftig; hier ist die Revisionsentscheidung des Bundesgerichtshofes abzuwarten. Wir sind allerdings schon jetzt aufgrund unserer langjährigen Erfahrung davon überzeugt, dass der Bundesgerichtshof seine Rechtsprechung fortsetzt und die Kosten für die Beseitigung der Besitzstörung gerade nicht einer Schätzung anheimstellt: es gibt eben die vertraglichen Regelungen, und der Schaden ist gemäß § 249 Abs. 1 BGB vollständig zu ersetzen.
Es trifft zu, dass es derzeit noch Strafverfahren gibt. Hier ist von Bedeutung, dass das Oberlandesgericht München im vergangenen Jahr eine Verurteilung wegen Nötigung in der Revision aufgehoben hat und das Verfahren zurückverwiesen hat (noch nicht abgeschlossen). Das OLG München hat festgestellt, dass das Zurückbehaltungsrecht ausgeübt werden darf und dass das eben gerade keine Nötigung darstellt (und somit natürlich auch keine Erpressung); dies entspricht der Rechtsprechung des BGH

in Zivilsachen (Urteil vom 2.12.2011). Alle bereits abgeschlossenen Verfahren endeten mit Einstellungen oder Freisprüchen."
Ich bitte, von den Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass Ihr Antrag damit erledigt ist.

U-Bahn-Baugesellschaft Martinsried unter Beteiligung der Landeshauptstadt München: Warum einfach, wenn's auch kompliziert geht?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. med. Otto Bertermann, Ursula Sabathil (Freie Wähler), Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP) und Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei) vom 4.9.2013

Antwort Baureferat:

In Ihrer Anfrage führen Sie Folgendes aus:

„Bisher wurde der U-Bahn-Bau in München, aber auch in der Stadt Garching, durch die Fachleute des Baureferats der Landeshauptstadt München geleitet. Die Finanzierung wurde bis zum Jahr 2010 durch die Münchner Tunnelbaugesellschaft mbH (MTG) erfolgreich abgewickelt. Trotzdem wurde die MTG im Jahr 2010 durch Stadtratsbeschluss liquidiert, da laut Beschlussvorlage der Verwaltung ‚ein enges Zusammenwirken mit dem Freistaat Bayern auch auf andere Weise erfolgreich organisiert werden' kann.
Laut Presseberichten soll nun für den U-Bahn-Bau nach Martinsried eine neue privatrechtliche Gesellschaft unter Beteiligung der Landeshauptstadt München gegründet werden. Dabei seien die steuerlichen Auswirkungen dieses ‚sehr komplizierten Konstruktes' bisher nicht absehbar.
Dies macht hellhörig, gerade nach den negativen Erfahrungen, die viele Kommunen mit dem angeblichen Steuersparmodell ‚Cross-Border-Leasing' gemacht haben. Zudem hat der Einsturz des U-Bahn-Tunnels unter dem Stadtarchiv in Köln im Jahr 2010 gezeigt, dass U-Bahn-Bau große Fachkenntnisse und intensive Antikorruptions-Kontrolle erfordert."

Ihre Fragen beantworten wir wie folgt:

Frage 1:
Weshalb soll der U-Bahn-Bau in Martinsried nicht durch das Baureferat, sondern durch eine Gesellschaft des privaten Rechts organisiert werden?

Antwort:
Die U-Bahn-Verlängerung nach Martinsried ist keine kommunale Aufgabe der Stadt München in ihrer Funktion als Aufgabenträger nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern (BayÖPNVG). Deren Betreiberverantwortung endet vielmehr am U-Bahnhof Klinikum Großhadern. Deshalb kann auch der Weiterbau der U-Bahn nach Martinsried

im Landkreis München nicht durch das Baureferat der Landeshauptstadt München organisiert werden.
Zwischen den beteiligten Gebietskörperschaften (Landkreis München, Gemeinde Planegg, Freistaat Bayern) ist derzeit strittig, wer die Aufgabenträgerschaft bzw. Bauherrenfunktion übernimmt. Unstreitig ist jedoch, dass die Landeshauptstadt München hier nicht in der Pflicht ist; dies wird auch von Seiten des Bayerischen Wirtschaftsministeriums ausdrücklich bestätigt.

Unabhängig davon hat die Landeshauptstadt München auf ausdrückliche Bitte der weiteren Beteiligten, v. a. des hier federführenden Freistaates Bayern, die Bereitschaft signalisiert, sich – vorbehaltlich der Zustimmung der kommunalen Gremien – an einer evtl. zu gründenden Projekt-GmbH mit einem „symbolischen" Anteil von max. 10% zu beteiligen.

Frage 2:
Welche Kosten entstehen für Geschäftsführer und für Geschäftsräume der Gesellschaft? (Bitte getrennt aufführen.)

Antwort:
Hierzu können von Seiten der Landeshauptstadt München keine Angaben gemacht werden. Die Ausgestaltung dieser Details liegt in der Verantwortung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums.

Frage 3:
Welche präventiven Maßnahmen zur Verhinderung von Korruption sind bei der neuen Gesellschaft vorgesehen?

Antwort:
Auch diese Frage betrifft ausschließlich das hier federführende Bayerische Wirtschaftsministerium; dieses wird die gesellschaftsrechtlich üblichen Vorkehrungen treffen.

Frage 4:
Wie wird sichergestellt, dass mindestens die ökologischen und sozialen Standards eingehalten werden, die bei der Landeshauptstadt München vorgeschrieben sind?

Antwort:
Auch dieser Punkt liegt in der Organisationshoheit des Bayerischen Wirtschaftsministeriums.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Montag, 21. Oktober 2013

Wohnkosten senken und gleichzeitig zukunftsfähige Mobilität befördern I – Stellplatzsatzung aktualisieren und verfeinern
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Sabine Krieger und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Wohnkosten senken und gleichzeitig zukunftsfähige Mobilität befördern II – Wohnen ohne (eigenem) Auto bei städtischen Gesellschaften
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Sabine Krieger und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Wohnkosten senken und gleichzeitig zukunftsfähige Mobilität befördern III – Mobilitätsstationen fördern
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Sabine Krieger und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Bericht zur Entwicklung des Kfz-Bestandes in München
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Sabine Krieger und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Stellplatzsatzung flexibilisieren
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Sabine Krieger und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Bäume trotz Tiefgarage II
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Sabine Krieger und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Müssen immer mehr Bäume Autos weichen?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher und Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen)

Utopische Wohnbaupläne?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 21.10.2013

Wohnkosten senken und gleichzeitig zukunftsfähige Mobilität befördern I – Stellplatzsatzung aktualisieren und verfeinern

Antrag

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird aufgefordert die Stellplatzsatzung zu überarbeiten und zu verfeinern mit der Berücksichtigung folgender Maßgaben

1. Beim geförderten Wohnungsbau wird generell ein geringerer Stellplatzschlüssel von ca. 0,5 Kfz pro Wohnung angesetzt, der in den vom ÖV gut erschlossenen und zentralen Lagen beim Vorliegen von tragfähigen Mobilitätskonzepten (ähnlich dem Projekt „Mobilität aus einer Hand“ s.u.) auf ca. 0,3 herabgesetzt werden kann.
2. Bei Genossenschaften wird generell ein geringerer Stellplatzschlüssel von ca. 0,7 Kfz pro Wohnung angesetzt, der in den vom ÖV gut erschlossenen und zentralen Lagen beim Vorliegen von tragfähigen Mobilitätskonzepten (ähnlich dem Projekt „Mobilität aus einer Hand“ s.u.) auf ca. 0,3 herabgesetzt werden kann.
3. Beim freifinanzierten Mietwohnungsbau (einschließlich München-Modell) wird der Stellplatzschlüssel beim Vorliegen von tragfähigen Mobilitätskonzepten auf ca. 0,4 Kfz pro Wohnung innerhalb des Altstadtringes und auf ca. 0,6 zwischen Altstadtring und Mittlerem Ring (und ggf. weiteren zu benennenden gut erschlossenen Gebieten) und außerhalb des Mittleren Rings auf ca. 0,8 herabgesetzt.
4. Auch beim Eigentumswohnungsbau und bei Baugemeinschaften kann die Regelung greifen, wenn die tragfähigen Mobilitätskonzepte langfristig sichergestellt werden können.
5. Bei Modellprojekten „Wohnen ohne Auto“ ist beim Vorliegen tragfähiger Mobilitätskonzepte und juristischer Absicherungen (z.B. Nachzahlung einer Stellplatzablöse, Vorhalten einer Nachrüstungsfläche) ein Stellplatzschlüssel von ca. 0,15 ausreichend.

Begründung:

Die in Bundesrepublik Deutschland auf die Reichsgaragenordnung von 1939 zurückgehende und derzeit gültige Regelung, dass Wohnungen ein oder mehrere PKW-Stellplätze zugeordnet werden, diese aber nicht kostendeckend verkauft oder vermietet werden können, führt zu einer Subventionierung des Kfz-Verkehrs über die Wohnkosten. Dies ist einer Stadt mit so hohen Wohnkosten wie München nicht hinnehmbar. Besonders paradox ist die Situation, wenn die Betriebskosten einer halb leerstehenden Tiefgarage in einem gefördertem Wohnungsbau von autolosen Sozialmietern mitgetragen werden müssen.

Die weitaus sinnvollere Regelung, den Stellplatz an den Kauf /den Besitz eines Autos zu koppeln (wie in Japan), lässt sich auf kommunaler Ebene nicht umsetzen, sehr wohl aber

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

hat die Kommune über die kommunale Stellplatzsatzung Einfluss auf die Anzahl der Stellplätze, die pro Wohnung erstellt werden.

Mehrere Studien haben gezeigt (u.a. die Studie des von der BMW Group getragenen Instituts für Mobilitätsforschung, Quelle 1), dass in gut erschlossenen Großstädten die Autonutzung und vor allem der Kfz-Besitz in der Altersgruppe der bis 35-jährigen rückläufig ist. Auch in München geht der Kfz-Besitz pro 1000 Einwohner in gut erschlossenen Bereichen innerhalb des Mittleren Rings 2012 im Vergleich zu 2011 zurück (vgl. statistisches Taschenbuch 2013).

Insbesondere für Wohnbauprojekte im Rahmen einer qualifizierten Nachverdichtung ist die Schaffung von Stellplätzen oft eines der Haupthindernisse bei der Schaffung günstigen und verträglich in das Umfeld eingebundenen Wohnraums. Reduzierte Stellplatzschlüssel oder autofreies Wohnen bieten hier eine große Chance. Angesichts der zunehmenden Bereitschaft öffentliche Verkehrsmittel oder das Fahrrad zu nutzen und der Dynamik bei den Car-Sharing-Systemen ist die Errichtung einer zu hohen Anzahl an Stellplätzen kostentreibend und nicht zukunftsgerecht.

Nicht tragbar ist jedoch andererseits eine weitere Verparkung öffentlicher Straßenräume. Insofern müssen sich die Wohnungsbauunternehmen bei deutlicher Reduzierung des Baus von Stellplatzen verpflichten, ihre Mieter/Käufer bei den Mobilitätsalternativen zum eigenen Auto zu unterstützen, so wie dies derzeit mit dem Pilotprojekt „Mobilität aus einer Hand“ von KVR, MVG, Wogeno, Stattauto und Fidelio geschieht (Quelle 2). In ähnlicher Weise wird dies seit zwei Jahren von der Stadt Zürich gehandhabt (Quelle 3).

Quelle 1: Institut für Mobilitätsforschung: Mobilität junger Menschen im Wandel – multimodaler und weiblicher. München 2011
www.ifmo.de/basif/pdf/publikationen/2011/ifmo2011_Mobilitaet_junger_Menschen.pdf

Quelle 2: Pilotprojekt Mobilität aus einer Hand
www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kreisverwaltungsreferat/Wir-ueber-uns/Pressemitteilungen/11-2012/Mobilit-t.html

Quelle 3: Leitfaden zur Reduktion der Anzahl Pflichtparkplätze mit einer Ausnahmebewilligung nach Art. 8 PPV („autoarmes Wohnen“) in der Stadt Zürich vom 23. Dezember 2010
www.wbg-zh.ch/wp-content/uploads/2012/05/Mobilit%C3%A4tskonzept-Leitfaden-Feb-2011.pdf

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:
Paul Bickelbacher
Sabine Nallinger
Sabine Krieger
Herber Danner
Mitglieder des Stadtrats

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 21.10.2013

Wohnkosten senken und gleichzeitig zukunftsfähige Mobilität befördern II – Wohnen ohne (eigenem) Auto bei städtischen Gesellschaften

Antrag

1. Die städtischen Wohnbaugesellschaften realisieren künftig auch Projekte „Wohnen ohne (eigenes) Auto“ und kombinieren dies mit tragfähigen Mobilitätskonzepten (ähnlich dem Projekt „Mobilität aus einer Hand“).
2. Dies kommt insbesondere bei Projekten im Rahmen einer qualifizierten Nachverdichtung zur Anwendung, bei der Stellplätze überproportional teuer wären oder Tiefgaragen nur auf Kosten eines wertvollen Baumbestandes zwischen den Gebäuden realisierbar wären.
3. Die günstigeren Wohnkosten ohne Stellplatz werden an den Mieter weitergegeben.
4. Möchte sich der Mieter in einer späteren Lebensphase ein eigenes Fahrzeug zulegen, wird ihm eine Wohnung mit Stellplatz oder das Anmieten eines Stellplatzes in einem benachbarten Objekt angeboten.

Begründung:

Die in Bundesrepublik Deutschland auf die Reichsgaragenordnung von 1939 zurückgehende und derzeit gültige Regelung, dass Wohnungen ein oder mehrere PKW-Stellplätze zugeordnet werden, diese aber nicht kostendeckend verkauft oder vermietet werden können, führt zu einer Subventionierung des Kfz-Verkehrs über die Wohnkosten. Dies ist einer Stadt mit so hohen Wohnkosten wie München nicht hinnehmbar. Besonders paradox ist die Situation, wenn die Betriebskosten einer halb leerstehenden Tiefgarage in einem gefördertem Wohnungsbau von autolosen Sozialmietern mitgetragen werden müssen.

Eine Möglichkeit auf kommunaler Ebene darauf zu reagieren sind Projekte zum Wohnen ohne (eigenes) Auto. Das Engagement städtischer Wohnungsbaugesellschaften in diesem Feld ist dazu geeignet das Thema aus der Nische zu holen, in der es sich derzeit befindet.

Mehrere Studien haben gezeigt (u.a. die Studie des von der BMW Group getragenen Instituts für Mobilitätsforschung, Quelle 1), dass in gut erschlossenen Großstädten die Autonutzung und vor allem der Kfz-Besitz in der Altersgruppe der bis 35-jährigen rückläufig ist. Parallel steigt die Bereitschaft öffentliche Verkehrsmittel oder das Fahrrad zu nutzen, und Car-Sharing-Systeme entwickeln sich dynamisch. Damit steigen auch die Chancen von Projekten zu Wohnen ohne (eigenes) Auto.

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchende, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Insbesondere Wohnbauprojekte im Rahmen einer qualifizierten Nachverdichtung, die sonst wegen hoher Stellplatzkosten gar nicht oder nur auf Kosten wertvollen Baumbestandes realisierbar wären, sind eine Chance für Wohnen ohne Auto.

Die städtischen Wohnbaugesellschaften haben auch die Möglichkeit alternative Wohnungen anzubieten, wenn sich Lebensentwürfe ändern oder wenn sich eine Mobilitätseinschränkung einstellen sollte, die ggf. ein eigenes Kfz erfordert.

Wohnen ohne (eigenes) Auto sollte selbstverständlich unterstützt werden durch Alternativen zum eigenen Auto wie es das Gemeinschaftsprojekt Projekt von KVR, MVG, Wogeno, Stattauto und Fidelio aufzeigt (Quelle 2), in dem Car-Sharing-Autos, gemeinschaftliche Nutzung von ÖV-Tickets, Leih-Fahrradanhänger etc. zur Verfügung gestellt werden.

Quelle1: Institut für Mobilitätsforschung: Mobilität junger Menschen im Wandel – multimodaler und weiblicher. München 2011
www.ifmo.de/basif/pdf/publikationen/2011/ifmo2011_Mobilitaet_junger_Menschen.pdf

Quelle 2: Pilotprojekt Mobilität aus einer Hand
www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kreisverwaltungsreferat/Wir-ueber-uns/Pressemitteilungen/11-2012/Mobilit-t.html

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Paul Bickelbacher
Sabine Nallinger
Sabine Krieger
Herber Danner
Mitglieder des Stadtrats

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
STADTRATSFRAKTION
ROSA LISTE
MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 21.10.2013

Wohnkosten senken und gleichzeitig zukunftsfähige Mobilität befördern III – Mobilitätsstationen fördern

Antrag

1. Für neu entstehende Baugebiete werden im Zusammenarbeit mit den betroffenen Wohnungsbaugesellschaften/Genossenschaften Mobilitätskonzepte entwickelt und Mobilitätsstationen errichtet, die eine Reduzierung des Stellplatzschlüssels ermöglichen. Als Gebiete kommen hierfür zunächst die Funkkaserne und die Prinz-Eugen-Kaserne in Betracht, da hier schon Vorüberlegungen vorliegen. Mittels einer begleitenden Evaluation ist festzustellen, wie sich das neue gebündelte Komplettangebot von wohnortnahem öffentlichem Personenverkehr, öffentlichem Auto (CarSharing) und öffentlichem Fahrrad (BikeSharing) auf das Mobilitätsverhalten, den privaten Fahrzeugbesitz und den Stellplatzbedarf auswirkt.
2. Bei der Konzeptentwicklung zu den Mobilitätsstationen und der pilothaften Umsetzung sind die Erfahrungen und Planungen des Kreisverwaltungsreferats aus den Projekten EVA-CS (Evaluation der neuen flexiblen CarSharingangebote), Wimobil (Umweltwirkungen von Elektro-CarSharing), E-PLAN (Modellregion Elektromobilität), den Vorbereitungen zur Eurocities-Plenartagung 2014 in München (Workshops Mobilitätsstation und Mobilitätsmanagement) sowie das Konsortium der Funkkaserne und der Wohnungsgenossenschaft Wogeno zu berücksichtigen.
3. Auf Basis der gewonnen Erfahrungen entwickelt die Stadtverwaltung ein stadtweites Konzept für die Versorgung der Münchner Bevölkerung mit Mobilitätsstationen. Darin sind Angebotsstandards, Standorte und Betreiberkonzepte zu definieren.
4. An externen Partnern sind die Mobilitätsdienstleister aus den Bereichen ÖPNV, CarSharing und BikeSharing sowie die Park&-Ride-GmbH und die Wogeno zu beteiligen.
5. Für die zügige Umsetzung des Antrags wird ein Fonds in Höhe von 400.000 Euro, verwaltet durch das Kreisverwaltungsreferat, zur Verfügung gestellt.

Begründung:
Die in Bundesrepublik Deutschland auf die Reichsgaragenordnung von 1939 zurückgehende und derzeit gültige Regelung, dass Wohnungen ein oder mehrere PKW-Stellplätze zugeordnet werden, diese aber nicht kostendeckend verkauft oder vermietet werden können, führt zu einer Subventionierung des Kfz-Verkehrs über die Wohnkosten. Dies ist einer Stadt mit so hohen Wohnkosten wie München nicht hinnehmbar. Besonders paradox ist die Situation, wenn die Betriebskosten einer halb leerstehenden Tiefgarage in einem gefördertem Wohnungsbau von autolosen Sozialmietern mitgetragen werden müssen.

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Die gültige Stellplatzsatzung ist angesichts der Kosten und der Flächenknappheit sowohl bei der qualifizierten Nachverdichtung als auch beim Neubau ein Hemmnis für mehr Wohnungsbau. Stehen den Bürgerinnen und Bürgern aber attraktive Alternativen zum privaten Pkw zur Verfügung und werden diese entsprechend attraktiv vermarktet, ist davon auszugehen, dass der private Fahrzeugbesitz deutlich zurückgeht. Dies gilt insbesondere dann, wenn Bürgerinnen und Bürgern jederzeit und für jeden Zweck der ÖPNV, ein Auto und ein Fahrrad zur Verfügung stehen.

Bereits heute besitzen 30% der Münchnerinnen und Münchner kein eigenes Auto. Innerhalb des Mittleren Rings sind es etwa 50%. Mit Hilfe von Mobilitätsstationen soll diese Quote auf über 70% im Umkreis gesteigert werden, so dass theoretisch ein Stellplatzschlüssel von ca. 0,3 möglich würde.

Die Zeit für Mobilitätsstationen ist reif. Im Öffentlichen Verkehr, im Car Sharing und bei öffentlichen Fahrradverleihsystemen sind stetige Qualitätssteigerungen, beim CarSharing und BikeSharing sogar revolutionäre Angebotsverbesserungen zu beobachten. Derzeit fehlt allerdings noch die Bündelung der Einzelangebote aus einer Hand. Im Bereich der Information setzt das Aktionsprogramm Mobilitätsmanagement „München – Gscheid Mobil“ seit Jahren Maßstäbe für verkehrsmittelübergreifende Information. Mobilitätsstationen ermöglichen eine im öffentlichen Raum sichtbare und konkret erfahrbare Multimodalität.

In unmittelbarer Nähe einer attraktiven ÖPNV-Haltestelle, vorzugsweise einer U-Bahn-Station, werden CarSharing-Fahrzeuge und öffentliche Leihräder zum Ausleihen bereitgestellt, so dass Anwohnern erstmals in München das komplette Mobilitätsangebot, ÖV, Auto, Fahrrad, wohnortnah zur Verfügung steht. Für die Nutzung der Fahrzeuge ist nur noch eine einmalige Anmeldung bei einem der Dienstleister nötig, um das komplette Dienstleistungsangebot nutzen zu können. Über das Angebot wird in fußläufiger Entfernung jeder Haushalt in attraktiver Form informiert und eine Beratung angeboten bzw. ein Anreiz zum Ausprobieren gesetzt.

Das Angebot wird straßenräumlich attraktiv gestaltet und z.B. mit einer Stele (z.B. wie die Mobilpunkte in Bremen) und einer Informationstafel gut erkennbar gemacht. Wenn möglich wird auch eine Ladesäule für die Ladung von E-CarSharing-Fahrzeugen und Pedelecs integriert. Ziel ist es einen Anreiz für Anwohner zu setzen, auf ihren Privat-Pkw freiwillig zu verzichten, weil sie mit dem neuen Angebot sicher gehen können, für jeden Mobilitätswunsch jederzeit und leicht das passende Verkehrsmittel nutzen zu können.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:
Paul Bickelbacher
Sabine Nallinger
Sabine Krieger
Herber Danner
Mitglieder des Stadtrats

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 21.10.2013

Bericht zur Entwicklung des Kfz-Bestandes in München

Antrag

Die Stadtverwaltung berichtet dem Stadtrat bis Ende Januar, wie sich der Kfz-Bestand in München pro Einwohner entwickelt hat. Dabei wird differenziert nach
- privaten und Firmen-Kfz
- Lage im Stadtgebiet (Stadtbezirke, Bereiche innerhalb des Altstadtrings, zwischen Altstadtring und Mittleren Ring sowie außerhalb des Mittleren Rings)
- Alter der Kfz-Halter (insbesondere die Entwicklung des Kfz-Besitzes der unter 30/35-jährigen wird dargestellt)
- (z.T. beispielhaft) besonderen Wohnformen/Wohnprojekten (Wohnen ohne Auto, Frauenwohnen, Genossenschaften allgemein, geförderter Wohnungsbau).

Begründung:

Mehrere Studien haben gezeigt (u.a. die Studie des von der BMW Group getragenen Instituts für Mobilitätsforschung), dass in gut erschlossenen Großstädten die Autonutzung und vor allem der Kfz-Besitz in der Altersgruppe der bis 35-jährigen rückläufig ist. Parallel steigt die Bereitschaft öffentliche Verkehrsmittel oder das Fahrrad zu nutzen und Car-Sharing-Systeme entwickeln sich dynamisch. Damit steigen auch die Chancen von Projekten zu Wohnen ohne (eigenes) Auto.

Quelle: Institut für Mobilitätsforschung: Mobilität junger Menschen im Wandel – multimodaler und weiblicher. München 2011
www.ifmo.de/basif/pdf/publikationen/2011/ifmo2011_Mobilitaet_junger_Menschen.pdf

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:
Paul Bickelbacher
Sabine Nallinger
Sabine Krieger
Herber Danner
Mitglieder des Stadtrats

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 21.10.2013

Stellplatzsatzung flexibilisieren

Antrag

Die Verwaltung prüft die Möglichkeit einer Flexibilisierung der Stellplatzsatzung für Kleinstgewerbe

Begründung

Im Bereich von Kleinstgewerbe stellt die Stellplatzsatzung ein Investitionshindernis dar. Bei Umwidmungen von kleinen Büroflächen, beispielsweise für ein Yoga-Studio oder der Erweiterung von Freischankflächen kleiner Cafés, werden nach der Stellplatzsatzung – unabhängig von der Lage – der Nachweis von Stellplätzen gefordert. Da diese hier meist nicht hergestellt werden können ist eine Ablöse fällig.

Insbesondere in gut erschlossenen integrierten Lagen ist durch Angebote, die sich meist an die Laufkundschaft richten, kein zusätzlicher PKW-Verkehr zu erwarten. Die Kosten für eine Stellplatzablöse machen diese Investitionen aber dort unrentabel, so dass diese – da den Kosten keinen wesentlichen Mehrwert schaffen - entweder gar nicht oder an nicht integrierten Standorten, getätigt werden.

Der öffentliche Raum und die lokale Ökonomie könnte mit einer flexibleren Lösung an vielen Stellen an Attraktivität gewinnen, sei es durch ein paar Bistrotische tagsüber zum Verweilen oder ein Yoga-Raum um die Ecke. Es sollte daher geprüft werden, inwieweit eine Flexibilisierung der Stellplatzsatzung, beispielsweise durch eine „Bagatellgrenze“ und einer entsprechenden Einzelfallprüfung, machbar ist.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Paul Bickelbacher
Sabine Nallinger
Sabine Krieger
Herbert Danner
Mitglieder des Stadtrates

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 21.10.2013

Bäume trotz Tiefgaragen II

Antrag

Die Landeshauptstadt München lotet alle rechtlichen Möglichkeiten und ihren Ermessensspielraum aus, um die Größe und Situierung von Tiefgaragen bei Neubauten – vor allem bei Nachverdichtungen – unter folgenden Aspekten zu beeinflussen:

1. Situierung der Tiefgaragen – vor allem bei Nachverdichtungen – weitgehend unter dem Neubau
2. Zufahrten bei beengten Verhältnissen auch über einen Parklift
3. Forderung von Duplexstellplätzen, um die Größe der Tiefgarage zu reduzieren
4. Freihaltung von nicht unterbauten Flächen für die Pflanzung von Großbäumen
5. Keine Genehmigung von mehr Stellplätzen als nach der Stellplatzverordnung gefordert
6. Mehr Möglichkeiten für Ablöse statt Neubau von Stellplätzen

Begründung:
Vor allem bei Nachverdichtungen und Umstrukturierungen fallen immer mehr Großbäume den Tiefgaragen der Neubauten zum Opfer. Das hat mittel- bis langfristig fatale Auswirkungen auf das Klima und die Luftqualität in der Stadt. Großbäume in der Stadt haben einen hohen ökologischen und klimatischen Stellenwert. Sie sind, wie das Referat für Stadtplanung und Bauordnung in der Antwort auf unsere Anfrage zur Kastanie in der Franz-Joseph-Straße schreibt: *„Im Hinblick auf den Klimawandel und die Gesundheitsprävention, insbesondere Überwärmung der Innenstädte, Befeuchtung und (Fein-)Staubbindung, mit ihrem im Verhältnis zum Standortverbrauch großem Kronenvolumen unverzichtbar“.*
Doch bisher ist ihr Stellenwert gering.

Nur vollkommen gesunde Bäume haben überhaupt eine Chance, eine Umplanung zu erwirken. Aber welcher 50 – 100 jährige Baum ist ganz gesund? Auch bei Bäumen nehmen die Gebrechen mit dem Alter zu - aber bei richtiger Pflege können sie trotzdem noch viele Jahre leben. Deshalb müssen Großbäume mehr Schutz bekommen.

In den nächsten Jahren wird es immer mehr Nachverdichtungen für den dringend benötigten Wohnraum geben – häufig in Innenhöfen, die oft durch alten Baumbestand geprägt sind und damit in der dicht besiedelten Stadt kleine ökologische Ruheoasen bieten und Lebensqualität vor Ort schaffen.

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Doch meist sind nicht die Neubauten die Gefahr für den alten Baumbestand, sondern die für den neuen Wohnraum geforderten Stellplätze. Die dafür geplanten Tiefgaragen zerstören oft unwiederbringlich den alten Baumbestand. So gescheit es zur Zeit in den Ludwig-Richter-Höfen in Laim oder in der Franz-Joseph-Straße.

Die Regel „Baurecht bricht Baumschutz“ darf nicht für Garagen gelten. Hier braucht die Verwaltung neue Instrumente, die die Bäume effizienter schützen - und damit die Lebensqualität in der Stadt.

Fraktion Die Grünen-rosa Liste

Initiative:
Sabine Krieger
Paul Bickelbacher
Sabine Nallinger
Herber Danner
Mitglieder des Stadtrats

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 21.10.2013

Müssen immer mehr Bäume Autos weichen?

Anfrage

Bäume müssen Bauvorhaben weichen. „Baurecht bricht Baumrecht“ heißt es. Im Zuge von zunehmender Verdichtung gehen deshalb immer mehr Großbäume im Stadtgebiet nach und nach verloren. Besonders gravierend ist, dass Tiefgaragen weit über das eigentliche Gebäude hinausreichen und deshalb nochmals viele Bäume fallen müssen, die vom eigentlichen Gebäude nicht tangiert wären. Auch die Errichtung von Stellplätzen verringert die Anzahl der Bäume im Stadtgebiet erheblich.
Oft können nur noch Neupflanzungen im öffentlichen Raum den Verlust an Bäumen auf privatem Grund ausgleichen. Es stellt sich deshalb die Frage, wie ausgeglichen ist die Baumbilanz im Stadtgebiet?

Deshalb fragen wir:

1. Wie viele Bäume wurden allein 2012/13 aufgrund von Bauvorhaben im Stadtgebiet München gefällt?

2. Wie verteilen sich diese Fällungen über das Stadtgebiet (pro Bezirk)?

3. Wie viele Bäume davon wurden für die Errichtung der Gebäude gefällt, unterschieden nach Wohnungsbau und sonstiger Bebauung, und wie viele davon aufgrund des Baus von Tiefgaragen oder Stellplätzen? Bitte auch diese Auflistung nach Bezirken.

4. Wie viele Bäume wurden pro Bezirk aufgrund von Einzelfällanträgen gefällt?

5. Wie viele Neupflanzungen von Großbäumen auf den Baugrundstücken stehen den Fällungen gegenüber? Bitte je nach Bezirk.

6. Wie viele Bäume wurden im Gegenzug von der öffentlichen Hand pro Bezirk neu gepflanzt?

Initiative:
Sabine Krieger
Paul Bickelbacher
Mitglieder des Stadtrates

Dr. Michael Mattar - Gabriele Neff - Christa Stock - Dr. Jörg Hoffmann
MITGLIEDER IM STADTRAT DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

21.10.2013

Schriftliche Anfrage
Utopische Wohnbaupläne?

Der Zensus 2011 hat für München ergeben, dass es insgesamt 765.681 Wohnungen zum Stichtag 9. Mai 2011 gab. Wenn man die Wohnheimplätze in Höhe von rund 23.500 abzieht, ergaben sich zum Mai 2011 rund 742.000 Wohnungen in München. Diese Zahl dürfte sich bis zum 31.12. 2013 auf ca. 755.000 erhöhen.

Laut Wohnungsbericht der Stadt gab es 2011 rund 44.000 Sozialwohnungen. Diese Zahl dürfte sich bis Ende 2013 auf maximal 46.000 Wohnungen erhöhen. Dazu kommen noch 33.000 Wohnungen mit Belegrechten.

Die Zahl der Genossenschaftswohnungen dürfte in München insgesamt maximal 40.000 Wohnungen betragen. Der Zuwachs in den letzten 10 Jahren war dabei überschaubar.

Somit betrug der Anteil der Wohnungen, die seitens der Stadt und der Genossenschaften gehalten werden ca. 15 bis 16 Prozent.

Nun gibt es in der öffentlichen Diskussion Forderungen, diesen Anteil auf 30 % in den nächsten 20 oder 25 Jahren zu erhöhen. Wenn man unterstellt, dass in den kommenden 20 Jahren jährlich 8.000 Wohnungen gebaut werden, würde München 2034 über 915.000 Wohnungen verfügen. Sollten dann 30 % davon also 274.000 Wohnungen geförderte Wohnungen oder Wohnungen in der Verfügungsgewalt der städtischen Gesellschaften und Genossenschaftswohnungen sein, würde dies bedeuten, dass in den kommenden 20 Jahren ausschließlich Städtische Wohnungen und Genossenschaftswohnungen gebaut werden.

Wir bitten um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Trifft es zu, dass es derzeit insgesamt rund 79.000 geförderte Wohnungen und Wohnungen mit Belegrechten in München gibt?

2. Wie hoch ist der Anteil der Wohnungen, die von den städtischen Gesellschaften gehalten und verwaltet werden?

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Telefon: 233 92644, 233 92645
E-Mail: fdp@muenchen.de

3. Wenn in den letzten 10 Jahren jährlich weniger als 100 Genossenschaftswohnungen errichtet wurden, wie kann dieser Anteil in den kommenden 20 Jahren jährlich auf 1000 oder 2000 Wohnungen aus Sicht der Verwaltung erhöht werden?

4. Derzeit ist geplant die Fertigstellung von geförderten Wohnungen der städtischen Gesellschaften von 500 auf 1.000 Wohnungen jährlich zu erhöhen: Unter welchen - auch finanziellen - Bedingungen könnte dieser Anteil verdoppelt oder vervierfacht werden?

5. In den letzten 10 oder 20 Jahren ist das Neubauvolumen in München nur zu 50 % durch Baulandausweisung und zu weiteren 50 % gemäß § 34 BauGB verwirklicht worden: Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung bei Baurecht gemäß § 34 BauGB Wohnungen durch städtische Gesellschaften und Genossenschaften zu realisieren?

6. Welche Folgen sieht die Verwaltung bei den Kaufpreisen für Eigentumswohnungen, wenn in den kommenden 20 Jahren keine neuen Eigentumswohnungen errichtet würden?

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Stadtrat

Gez.
Christa Stock
Stadträtin

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Telefon: 233 92644, 233 92645
E-Mail: fdp@muenchen.de

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Montag, 21. Oktober 2013

Terminhinweis
Pressemitteilung SWM

Wiedereröffnung des Saunabereichs im Müller'schen Volksbad verschiebt sich
Pressemitteilung SWM

„Herzblatt" im Tierpark Hellabrunn
Pressemitteilung Tierpark Hellabrunn

Münchner Volkshochschule

(Wiederholung)

Achtung Redaktionen: Terminhinweis!

Dienstag, 22. Oktober, 11.30 Uhr, Einsteinstraße 28

Das gemeinsame Projekt „Einstein 28“ von SWM und Münchner Volkshochschule (MVHS) nimmt konkrete Formen an. Bevor die SWM mit den Bauarbeiten für das neue Unterrichtszentrum der MVHS beginnen, können Interessierte und Nachbarn den geplanten Neubau sowie die vielfältigen Bildungsangebote der MVHS beim Tag der offenen Tür „Einstein 28 kommt“ kennenlernen.

Auf einer Pressekonferenz in den Bestandsgebäuden an der Einsteinstraße 28 stellt Oberbürgermeister Christian Ude als Aufsichtsratsvorsitzender der beiden Stadttöchter gemeinsam mit Prof. Dr. Klaus Meisel, Managementdirektor der MVHS, und Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der SWM Geschäftsführung, den Neubau, das Projekt und den Aktionstag sowie verbunden mit dem Verein der Förderer und Freunde der Münchner Volkshochschule e.V. die Spendenaktion „Ein Stein für’s Einstein“ vor.

Anfahrt:
U4/5, Tram 16/19/25, StadtBus 190/191 „Max-Weber-Platz“

Herausgeber: Stadtwerke München GmbH • Emmy-Noether-Straße 2 • 80992 München • www.swm.de
Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Bettina Hess
Telefon: 0 89/23 61-50 42 • Telefax: 0 89/23 61-51 49 • E-Mail: presse@swm.de

Wiedereröffnung des Saunabereichs im Müller'schen Volksbad verschiebt sich

Sanierung dauert noch bis Anfang Dezember

(21.10.2013) Die SWM sanieren derzeit das denkmalgeschützte Schwitzbad im Müller'schen Volksbad. Da sich die Arbeiten zeitaufwändiger gestalten als erwartet, verschiebt sich die ursprünglich für Anfang November geplante Wiedereröffnung des Saunabereichs um rund vier Wochen. Ab Anfang Dezember können die Saunagäste wieder in der finnischen Sauna, dem römisch irischen Schwitzbad und den verschieden temperierten Warm- und Heißlufträumen entspannen. Dann steht auch der komplett sanierte Dampfraum wieder zur Verfügung. Sobald der genaue Tag der Wiedereröffnung feststeht, veröffentlichen die SWM diesen unter www.swm.de.

Herausgeber: Stadtwerke München GmbH • Emmy-Noether-Straße 2 • 80992 München • www.swm.de
Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Bettina Hess
Telefon: 0 89/23 61-50 42 • Telefax: 0 89/23 61-51 49 • E-Mail: presse@swm.de

Presse-Mitteilung

„Herzblatt“ im Tierpark Hellabrunn

Der Tierpark Hellabrunn wird durch zwei stattliche Königspinguine bereichert. Die Männchen Willem und Shadow’s Pride aus Rotterdam stärken sich bereits reichlich mit Fisch und sollen schlussendlich für Nachwuchs sorgen. Mit ihren potentiellen Partnerinnen kommunizieren sie bisher aber nur über eine Trennwand.

Noch schauen sie sich ein wenig verdutzt um, die beiden royalen Neulinge in der frisch ausgebauten Pinguinanlage. Der 10-jährige Königspinguin mit dem poetischen Namen „Shadow’s Pride“ und sein 14-jähriger Artgenosse Willem sind am 9. Oktober 2013 nach Hellabrunn gezogen.

Hier erwartet man Großes von ihnen: Sie sollen das ungleiche Geschlechterverhältnis von drei Damen und einem Mann ausgleichen und somit früher oder später auch für Nachwuchs unter den Königspinguinen sorgen. Damit wäre die Pinguinanlage noch lebendiger als ohnehin. Bisher tummeln sich neben den inzwischen sechs Königspinguinen, noch 14 Felsenpinguine und 7 Eselspinguine auf der künstlichen Felsenlandschaft und im eiskalten Wasser.

Eingelebt haben sich die beiden Königspinguine zumindest relativ schnell. Die neue Umgebung hatte sie zunächst noch am Fressen gehindert. „Das war wahrscheinlich die Sprachbarriere“, meint Polarwelt-Chef Helmut Kern. „Die haben mein bayrisch nicht verstanden, und mein holländisch ist eher schlecht!“

Inzwischen aber hat sich ein gesunder Pinguin-Appetit auf Fisch eingestellt, und auch sprachlich scheinen keine Barrieren mehr vorzuliegen. So unterhalten sich die beiden schon angeregt mit ihren Artgenossen in der Nachbaranlage, von denen sie allerdings noch eine Absperrung trennt. Sobald alle Ergebnisse der tierärztlichen Untersuchung vorliegen, können sich die Königspinguin-Damen und -Herren nach wochenlanger Konversation über eine Trennwand auch endlich in die Augen sehen. Ein bisschen „Herzblatt“ in der Polarwelt Hellabrunn.

München, den 18.10.2013/36

Weitere Informationen:
Christiane Reiss
Leitung Marketing/Presse
Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Tierparkstr. 30, 81543 München
Tel: +49(0)89 / 62 50 8-718
Fax: +49(0)89 / 62 50 8-32
E-mail: reiss@tierpark-hellabrunn.de
Website: www.tierpark-hellabrunn.de

Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Vorsitzende des Aufsichtrates:
Christine Strobl, 2. Bürgermeisterin
Vorstand:
Dr. Andreas Knieriem
Eingetragen in das Handelsregister
des Amtsgerichts München, HRB 42030
UST-IdNr.: DE 129 521 751